

USA-Gewerkschaften: Aufwachen aus Erstarrung?

Der in Deutschland geborene George Günther Eckstein lebt seit der Zeit des deutschen Faschismus in New York. Seit vielen Jahren beobachtet er für die Gewerkschaftlichen Monatshefte die Entwicklung der industriellen Beziehungen in den USA.

Änderung und Auflockerung

Auf Grund ihrer sozialen Funktionen sind die amerikanischen Gewerkschaften ein fortschrittliches Element in der Gesellschaft; als Organisationen waren viele von ihnen, und nicht zuletzt der Gesamtverband AFL-CIO in den letzten Jahrzehnten eher eine konservative Institution, auf die Bewahrung des Erreichten bedacht, aber schwerfällig in der Anpassung an neue wirtschaftliche und soziale Entwicklungen. Sie mußten sich vor einem Jahr auf einem Diskussionsforum von einem Unternehmervertreter, dem Vizepräsidenten eines großen Gummi-Konzerns sagen lassen,

daß sie noch immer „die Kämpfe der Vergangenheit führen, die nicht mehr auf eine neue, jüngere Arbeiterschaft passen, welche weniger um ihre Sicherheit besorgt ist, als um ihre Lebensweise. Nicht verwunderlich, daß die Gewerkschaften weniger als die Hälfte aller Organisierungswahlen gewinnen können“.

Vielleicht rächt sich hier, daß Gewerkschaftsführer in den USA fast durchweg bis ins hohe Alter amtieren, während die Spitzenmanager der Großfirmen mit 65 Jahren (manche schon mit 60) abtreten müssen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, scheint sich hier in den letzten Jahren eine Änderung und Auflockerung angebahnt zu haben. Der bevorstehende (und bei Erscheinen dieses Artikels wohl vollzogene) Rücktritt des 85jährigen kranken George Meany von der Leitung der AFL-CIO und seine erwartete Nachfolge durch den 57jährigen Lane Kirkland, den bisherigen Sekretär des Spitzenverbands, könnte sich zugleich als Symbol einer zu Ende gehenden Epoche und als beschleunigender Faktor dieser Auflockerung erweisen. Sie käme nicht zu früh. Denn die letzten Jahrzehnte, von den Gewerkschaften weitgehend (und nicht ohne Erfolg) in der Defensive verbracht, sahen tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in der amerikanischen Weltposition, in Lebenshaltung und Lebensstil - mit entsprechend tiefgreifender Auswirkung auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften.

Linien sozio-ökonomischen Wandels

1. Die multinationale Firma wurde zur dominierenden Form des modernen Kapitalismus, basierend auf weitgehend freier Bewegung von Kapital, Waren und Arbeitskraft innerhalb der westlichen Industriewelt. Die ursprünglich überwiegend von Amerika ausgehende Ausbreitung ist längst zur Zweibahnstraße geworden. (Daß dabei staatseigene Firmen wie Renault, British Petroleum, Volkswagen oder aber auch die Bank für Gemeinwirtschaft in die privatkapitalistische amerikanische Wirtschaft eindringen, wird nicht einmal mehr als Paradox empfunden.) Auch die internationale Arbeitsteilung in der Produktion hatte empfindliche Folgen für die amerikanischen Gewerkschaften: Teilfabrikation in Leichtindustrien wie Elektronik und Konfektion wurden in lohn niedrige Länder wie Taiwan/Korea und Zentralamerika verlegt. Ähnlich wirkte im Lande selbst die Verlagerung vieler Betriebe vom Nordosten in den gewerkschaftsfeindlichen Süden.

2. Die Ausdehnung der Verwaltung in der nachindustriellen Gesellschaft verringerte den Anteil der Produktionsarbeiter (der Kerngruppe der Gewerkschaften) auf 31 % der Gesamtzahl der Beschäftigten, während der Anteil der Angestellten auf 48 %, der Arbeiter in Dienstgewerben auf 12,5 % stieg. Mit dieser Verschiebung ging einher, gefördert von der Frauenbewegung, eine Zunahme der weiblichen Arbeitnehmer. Von den 7 Millionen zusätzlich Beschäftigten in den vier Jahren stabiler Carter-Konjunktur waren zwei Drittel Frauen; allein zwischen Juli 1978 und Juli 1979 stieg ihre Zahl um 1,7 Millionen. Daß darunter 1,1 Millionen verheirateter

Frauen waren, zeugt vom Wunsch oder der Notwendigkeit zusätzlichen Verdienstes in der Familie.

3. Denn der Netto-Reallohn, nach Anrechnung von Inflation, Steuer und Sozialabgaben, ist seit dem Konjunkturgipfel von 1972/73 im Durchschnitt um 5 % auf den Stand von 1967 zurückgefallen. Insofern als die gutorganisierten Arbeiter im oligopolistischen Wirtschaftssektor mit der Verteuerung der Lebenshaltungskosten Schritt halten konnten, bedeutet das für die übrigen Arbeitnehmer eine etwa 10-prozentige Senkung ihres Lebensstandards. Die von der Carter-Regierung 1978 eingeführte ‚freiwillige‘ Lohn- und Preiskontrolle funktionierte nur in bezug auf die Löhne, die in den Unternehmen ein eingebautes Durchführungsorgan hatten. Deren Erhöhung überstieg das von der Regierung gesetzte Ziel von 7 % nur geringfügig. Die Preiskontrolle mit dem Ziel von 5,75 % war viel schwieriger durchsetzbar und überdies von Anfang an von so vielen Ausnahmen durchlöchert, daß sie sich als völliges Fiasko erwies. Die Preissteigerung überschritt bereits im Frühjahr die 10 %-Schwelle und erreichte im Herbst den Stand von 13 %.

4. Die Inflation ist von einer vorübergehenden Krankheit, wie der linke Wirtschaftstheoretiker Robert Heilbroner kürzlich feststellte, offenbar zu einer dem heutigen Kapitalismus wesenseigenen Dauererscheinung geworden. Man kann hinzufügen: auch und gerade in Zeiten rückläufiger Konjunktur, wenn sich die in der nachindustriellen Gesellschaft angewachsenen „fixen Kosten“ der hochorganisierten Wirtschaft und des sozialen Wohlfahrtsstaats noch stärker auswirken.

5. Dazu kommt noch in den USA das verlangsamte Wachstum der Arbeitsproduktivität. Das ist zum Teil auf die gleichen Ursachen zurückzuführen; in diesem Fall ausgedrückt in der relativen Zunahme des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors. Schon lange hatte der Beginn einer Rezessionsperiode einen absoluten Rückgang der Produktivität eingeleitet; in den USA 1974 in der Gesamtwirtschaft um 3 %, in der verarbeitenden Industrie um 5,2 %. Aber auch die Konjunkturjahre 1976 bis 1978 verzeichneten einen stetigen Rückgang nicht in der Produktivität, aber in ihrer Wachstumsrate: für die Gesamtwirtschaft von 3,5 auf 1,1 %; für die Industrie von 4,3 auf 1,1 %. 1979 dürfte der Nullpunkt erreicht sein. Das erklärt teilweise auch die schwindende Konkurrenzfähigkeit Amerikas auf dem Weltmarkt gegenüber Ländern mit vorerst noch steigender Produktivitätskurve wie die BRD und Japan.

Politik

Die mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende Schwächung der Gewerkschaften macht sich auch in der Politik bemerkbar, ebenso wie im sich wandelnden sozio-kulturellen Bereich. Politisch brachte der mit intensiver Gewerkschaftshilfe herbeigeführte Wahlsieg Carters erhebliche Enttäuschungen. Das lag nur teilweise an seiner Südstaaten-Herkunft und seiner in Wirtschaftsdingen konservativen Grundhaltung. Immerhin hatte er in Ray Marshall einen gewerkschaftsfreundlichen

Akademiker ins Arbeitsministerium berufen. Aber der politische Einfluß der Großfirmen auf Administration und Kongreß erwies sich vielfach als unüberwindliches Hindernis. Überdies begann die Gewerkschaftsführung mit dem taktischen Fehler der Einreichung eines Streikposten-Gesetzes, an dem nur die ohnedies hochbezahlten Fachgewerkschaften des Baugewerbes interessiert waren. So kam dann auch eine wichtigere Reform des Arbeitsrechts im Senat nicht durch. Sie hätte den Unternehmen, vor allem im Süden, die Sabotage der gewerkschaftlichen Organisierung ein wenig erschwert. Dagegen kam es zur überfälligen Erhöhung des Mindestlohns von \$ 2,35 auf 2,90, allerdings inzwischen von der Inflation unter das reale Niveau von 1969 gedrückt. Vor allem aber zeigte sich die politische Schwäche der Gewerkschaften darin, daß sie sich mit dem einseitigen Programm der Lohn-Preis-Kontrolle abfinden mußten.

Sozio-kulturelle Aspekte

In anderer Weise wurde die gewerkschaftliche Position vom veränderten sozialen und kulturellen Klima geschwächt. Dies geschah in zweierlei Hinsicht: einmal in der Einstellung der neuen Arbeitnehmergruppen und zum anderen in der öffentlichen Meinung.

Dank der Absicherung durch Sozialgesetze, insbesondere Erwerbslosen-Unterstützung, Wohlfahrt und Altersrente, sind die Arbeitnehmer heute weniger als früher auf die Gewerkschaften angewiesen. Den amerikanischen Gewerkschaften fehlt außerdem die ideologische Unterbauung. Ihr monopolistisches Organisationssystem gibt wenig Anstoß zur persönlichen Einsatzbereitschaft und fördert Autokratie und Bürokratisierung. Denn hat die Gewerkschaft erst einmal die Vertretung einer Betriebsbelegschaft errungen, dann besteht de facto ein Beitritts- oder Beitragszwang für alle vom Tarifvertrag betroffenen Arbeiter, mit einer automatischen Entnahme des Gewerkschaftsbeitrags aus der Lohntüte.

Den Jungarbeitern fehlt überdies jede Erinnerung an frühere schwere Zeiten; ihre Arbeitsdisziplin ist entsprechend geringer. Andere Anliegen treten bei ihnen in den Vordergrund: statt Sicherung *des* Arbeitsplatzes die Sicherung *am* Arbeitsplatz; Schutz vor Unfällen, Gesundheitsschädigung durch Staub, Lärm, Chemikalien; Humanisierung des Arbeitsprozesses; Gleichberechtigung von Minderheiten bei Einstellung und Beförderung. Und mit der höheren Schulbildung (Mittelschule oder College) steigt auch das Interesse an von der gebildeten Mittelklasse getragenen neuen Streitfragen wie Umweltschutz, Kernenergie, Feminismus (eine aktive Frauengruppe kämpft für stärkere Vertretung der Frauen im Gewerkschaftsapparat selbst) sowie an neuen Lebensgewohnheiten von Haartracht und Drogen bis zur Sexualmoral und zu Kreditkäufen.

Die Automatisierung im Produktionsprozeß einerseits, die wachsende Bedeutung von Verkehr, Transport, Kommunikation und Verwaltung (einschließlich der

öffentlichen) andererseits, haben das Bild bei Arbeitskonflikten völlig verändert, und entsprechend auch die Haltung der Öffentlichkeit. Ein Massenstreik in Stahl oder Kohle kann Monate dauern, ohne die Allgemeinheit ernsthaft zu berühren. Ein Streik von ein paar hundert Hafenschleppern, Lkw-Fahrern, Zeitungsdruckern, von Polizisten, Krankenpflegern oder Lehrern trifft die Öffentlichkeit unmittelbar und empfindlich, sowohl als Konsumenten wie als Steuerzahler, und erweckt daher wenig Sympathien. Entsprechend hat sich das gewerkschaftliche Image in der Öffentlichkeit im Vergleich zu früher erheblich verschlechtert.

Die wirtschaftliche Verschiebung von der Produktion zur Dienstleistung; der soziale Wandel von ‚Blue Collar‘ zu ‚White Collar‘, das Pochen der Minderheiten auf Gleichberechtigung; der kulturelle Wandel von einer durch Religion und Familie gefestigten Disziplin zum Egoismus und Hedonismus der Konsumgesellschaft; der politische Wandel von amerikanischer Hegemonie zur Konkurrenz neuer Weltmächte und vom Kalten Krieg zur Detente - alle diese Entwicklungen haben in den letzten Jahrzehnten den Charakter der amerikanischen Gesellschaft umgeprägt. Von allen größeren Institutionen schien ausgerechnet das Haus der Arbeit am wenigsten berührt. Symbolisch dafür war die mächtige Gestalt von George Meany, seit Jahrzehnten das Haupt seiner Spitzenorganisation. Er hielt unerschütterlich fest am alten Konzept der Gewerkschaft als einer die Arbeiterinteressen innerhalb einer grundsätzlich bejahten privatkapitalistischen Struktur vertretenden Organisation; sowie am Konzept einer in zwei unversöhnliche Lager von Demokratie und Kommunismus gespaltenen Welt. Er war es zufrieden, daß sich die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten auf ein Fünftel bis ein Viertel der Beschäftigten begrenzte.

Gewerkschaften im Wandel

Aber unterschwellig war natürlich auch hier manches in Fluß gekommen. Der Stagnation mancher alter Massengewerkschaften und Mini-Fachgewerkschaften stand der Aufschwung in neuen Gewerbebranchen entgegen: Lehrer und andere öffentliche Angestellte (neuerdings auch Hochschullehrer); Dienstpersonal im Gesundheitswesen und Einzelhandel. Die beiden größten und mächtigsten Gewerkschaften hielten sich außerhalb des Gesamtverbands: die im Teamster-Bund um einen Kern von Lkw-Fahrern organisierten Gruppen wie Hafenarbeiter, Lagerhauspersonal und dergleichen, die UAW, die allmählich über die Arbeiter der Autoindustrie hinaus auch deren technisches und Büropersonal zu erfassen begann, sowie den Flugzeug- und Landwirtschaftsmaschinen-Bau. Berufsverbände wie Polizei und Feuerwehr, und vor allem die Millionen-Organisation der Lehrerschaft, die National Education Association (NEA) nahmen immer offener gewerkschaftlichen Charakter und gewerkschaftliche Methoden an. Innerhalb der AFL-CIO selbst sorgte die weitgehende Autonomie der Einzelgewerkschaften gleichfalls für eine erhebliche Manigfaltigkeit in Organisationsstruktur, in Strategie und Taktik und in der politischen Ausrichtung.

Dazu traten in neuerer Zeit andere Symptome der Auflockerung. Das Senioritätsprinzip wurde — zum Teil freiwillig, zum Teil unter gesetzlichem Druck — zugunsten von Schwarzen und Frauen gelockert. Unzufriedenheit der Basis machte sich in lokalen Rebellionen gegen eine bürokratische oder korrupt-brutale Führung Luft: Bei den Bergarbeitern setzte sich die Opposition schließlich durch; bei den Teamstern ist sie im Wachstum begriffen; bei den Stahlarbeitern konnte sie eine beachtliche Minderheit gewinnen; in der elastischeren UAW wurde eine lokale Rebellion gegen inhumane Fließbandarbeit durch Reformen abgefangen.

Eine neue Flexibilität der Methoden macht sich hier und dort in Organisierungskampagnen und Tarifverhandlungen bemerkbar. Bekannt ist die an Gandhi anknüpfende religiöse Intensität, mit der Cesar Chavez seine Chicano-Landarbeiter erfüllte und eine liberale Öffentlichkeit zum Trauben- und Salat-Boycott mobilisierte. Weniger bekannt sind die Formen, mit denen neuerdings manche Gewerkschaften ihre Millionen-Investitionen aus Pensionsfonds und Streikkassen als Druckmittel einsetzen. So hat die Textilgewerkschaft ihren schwierigen Organisierungskampf gegen den Textilkonzern J. P. Stevens auf ein neues Feld ausgedehnt: Auf die Aufsichtsräte von Stevens und mehreren am Konzern finanziell engagierten Großbanken, denen Gewerkschaftsfonds anvertraut sind, und bereits die Zurückziehung mehrerer Direktoren aus beiderseitigen Aufsichtsräten erreicht. Umgekehrt hat die UAW zur Rettung von über 100000 Jobs, die durch die Finanzkrise bei Chrysler gefährdet sind, neben Lohnkonzessionen aus ihrem Pensionsfonds 750 Millionen für die von Chrysler gesuchte Sanierungsanleihe offeriert, falls diese von der Bundesregierung garantiert werde. Aus ähnlichen Gründen haben sich Gewerkschaften der städtischen Angestellten in New York und anderen Städten über ihre Pensionskassen am fiskalischen Sanierungsprogramm der Städte beteiligt, beziehungsweise beteiligen müssen.

Gewerkschaftsprogramm

Dagegen fehlt den amerikanischen Gewerkschaften ein konkretes politisch-soziales Gesamtprogramm. Unter ihrem Druck hat der Kongreß zwar unter Carter endlich das sogenannte Humphrey-Hawkins-Gesetz verabschiedet, das von der Regierung anzustrebende sozialpolitische Ziele für das Wachstum des Sozialprodukts, für Begrenzung von Arbeitslosigkeit und Inflation aufstellt. Doch fehlen dem Gesetz die Zähne: konkrete Richtlinien zur Erreichung dieser Ziele, Alternativmaßnahmen bei Nichterfüllung. Wie die Politik Carters unter dem Druck widerstreitender Interessen zeigt, hat man sich nach immerhin vier Jahren wirtschaftlicher Stabilität vor allem in bezug auf die Inflation erheblich vom gesteckten Ziel entfernt. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß Ähnliches in der nahen Zukunft auch für die bisher überraschend stabil gebliebene Arbeitslosigkeit auf dem inzwischen als akzeptabel geltenden Niveau von 6 % (das Ziel war 4 %) zu gewärtigen ist. Eine planmäßige allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit unter die 40-Stunden-Grenze (bei Angestellten

vielfach bereits erreicht) steht bislang nicht auf der Tagesordnung des Gesamtbundes; eine Verringerung auf 35 Stunden wird eigentlich mehr als Verhandlungsmasse von Einzelgewerkschaften eingebracht. Meist begnügt man sich damit, ein paar Sonderfeiertage herauszuschinden. Die Urlaubszeiten selbst liegen seit je weit unter dem westeuropäischen Niveau. Es galt als Fortschritt, als kürzlich General Electric die Wartezeit für die dritte Urlaubswoche von 10 auf 7 Jahre herabsetzte.

Technologischer Fortschritt wird in Sonderfällen durch eine verkürzte Arbeitswoche oder garantierte Jahreseinkommen für die bestehende Belegschaft honoriert, so bei der Einführung der Container-Frachtschiffe und neuerdings im Druckgewerbe New Yorks. Aber auch auf diesem Gebiet bestehen keine Ansätze zu einer gemeinsamen langfristigen Strategie. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die sich abzeichnende Rezession die bisher nur sporadisch vorgebrachte Forderung nach strikter Kontrolle von Löhnen, Preisen und sonstigen Einkommen zu einem zentralen Prioritätsziel des Gesamtverbands machen wird. Mitbestimmung wird von den Großfirmen scharf abgelehnt, von den Gewerkschaften kaum angestrebt. Die bevorstehende Berufung Frasers in den Aufsichtsrat von Chrysler bildet hier einen wichtigen Präzedenzfall.

Politische Initiativen

Es ist vielleicht symptomatisch, daß es neuerdings zum ersten Mal seit langer Zeit zu ernsthaften Versuchen namhafter Gewerkschaftsführer kam, zusammen mit außenstehenden Gruppen *politische* Koalitionen aufzubauen. So versuchte Gus Tyler, Vizepräsident der ILGWU (Damenkonfektionsarbeiter), in einem programmatischen Artikel „Die andere Wirtschaft“ in der sozialdemokratischen Zeitschrift *New Leader*, den unstabilen, von Konjunkturschwankungen und scharfem Wettbewerb geplagten schwachen Wirtschaftssektor in einer Koalition mit Verbraucherorganisationen zu mobilisieren. Douglas Fraser startete kurz nach Übernahme der Leitung der UAW eine „*Fortschrittliche Allianz*“ von etwa zwanzig Gewerkschaften und mehreren Dutzend Reformgruppen von Frauen, Minoritäten, Verbrauchern und Umweltschützern, eine „neue nationale Koalition mit dem Ziel, das amerikanische System, das heißt insbesondere den Kongreß, verantwortlicher und demokratischer zu gestalten“. Und William Winpisinger, der aktivistische, sozialistisch orientierte neue Präsident der 'Machinists' (Metallarbeiter), ist mit seiner IAM die treibende organisatorische und finanzierende Kraft hinter einem Versuch zur Bildung einer stärker linksorientierten Koalition. Diese umfaßt Persönlichkeiten und Gruppen, die von Linksdemokraten bis zu demokratischen Sozialisten wie Michael Harrington reichen, und strebt u. a. auch strukturelle Reformen wie die Nationalisierung der Ölindustrie an.

Welchen Widerhall diese Bemühungen finden werden, bleibt abzuwarten. Tylers Vorstoß kam nicht weit über die Verbreitung seines gutformulierten wirtschaftspoli-

tischen Manifests hinaus. Die von Fraser im Frühjahr 1979 nach Washington einberufene Konferenz litt unter der Vielzahl der vorgebrachten Sonderanliegen und konnte weder klare Prioritäten noch zündende Schlagkraft entwickeln. Inzwischen hat Fraser Verbindung zu einem linken 'Thinktank', dem Institute for Policy Studies in Washington aufgenommen und es mit der Ausarbeitung eines Programms beauftragt. Winpisingers 'Citizens & Labor Organizing Committee' ist im Begriff, ein Netz regionaler Koalitionen zu bilden. Alle diese Versuche stoßen sich am derzeitigen eher konservativen politischen Klima. Immerhin ist allein schon die Politisierung von Gewerkschaftsführern, wenn auch längst nicht ihrer Mitglieder, ein Zeichen für die Auflockerung im Gewerkschaftsbund.

Organisatorische Veränderungen

Das zeigte sich in den letzten beiden Jahren auch im Organisatorischen: in Zusammenschlüssen, in den bereits erwähnten Basisrebellionen, und im Personalwechsel in der Leitung wichtiger Großgewerkschaften. Auf die schon einige Jahre bestehende Vereinigung mehrerer Fachgewerkschaften im Eisenbahnverkehr in die 'United Transport Union' mit 250000 Mitgliedern folgte nun der Zusammenschluß der Herrenkonfektion, Hut- und Textilarbeiter in der eine halbe Million starken 'Clothing & Textile Workers Union', die mit erneuter Energie die Textilfabriken in den Südstaaten zu organisieren sucht. Und in der 1,2 Millionen starken 'Food & Commercial Workers Union' vereinigten sich Gewerkschaften des Einzelhandels und der — heute hauptsächlich in Supermärkten arbeitenden — Fleischer. Durch Tod, Alter oder Opposition kamen auch in wichtigen anderen Gewerkschaften neue Köpfe an die Führung. Innerhalb der AFL-CIO u. a. McBride beim Stahl, Winpisinger bei Metall, Chaikin in der Damenkonfektion, Wurf im öffentlichen Dienst, Wynn im Einzelhandel, Watts in der Kommunikation; außerhalb des Verbands, wie erwähnt, Fraser in der UAW.

Vor allem aber ist mit dem Rücktritt von George Meany in der Gewerkschaftsspitze eine neue Situation geschaffen. Meanys Starrheit hat während seiner beinahe 25jährigen Führung manche notwendigen Reformen hintangehalten und insbesondere die USA-Gewerkschaften in der Welt isoliert. Aber er konnte mit unbestrittener Autorität und gelegentlich undiplomatischer Grobheit in der Exekutive des Gewerkschaftsverbands und als Vertreter der Arbeitnehmer in der Öffentlichkeit auftreten. Sein Nachfolger und jahrelang engster Mitarbeiter Lane Kirkland verbrachte fast seine gesamte Laufbahn in der Spitzenbürokratie des Gesamtverbands. Er gilt eher als Intellektueller denn als Organisator oder Kämpfer. So beklagte er beim Kollaps von Carters erstem paritätischen Ausschuß mit beinahe flehenden Worten die — schließlich zum Austritt der Gewerkschaftsvertreter führende — Unnachgiebigkeit der Unternehmer, die doch würdigen sollten, daß die USA-Gewerkschaften im Gegensatz zu den europäischen fest auf dem Boden des Privatkapitalismus stünden.

Im Exekutivrat des Gewerkschaftsbunds wird Kirkland den Ansichten der eigenwilligen Häupter der Einzelgewerkschaften weit stärker Rechnung tragen müssen als sein Vorgänger. Es wird dort zu schärferen Auseinandersetzungen, vielleicht zu einer elastischeren Politik, vielleicht aber auch zu einem Hin- und Herschwanken kommen. Die mit Sicherheit zu erwartende Rückkehr der UAW und vielleicht auch der Teamster dürfte zudem Autorität und Finanzkraft der AFL-CIO stärken.

Noch vor seinem Amtsantritt hat Kirkland mit der Carter-Regierung die Bedingungen für die Beteiligung der Gewerkschaften an einem neuen, mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu anti-inflationärer Einkommenspolitik befaßten paritätischen Ausschuß vereinbart, die eine Wiederholung der schlechten Erfahrungen mit dem letzten Ausschuß ausschließen sollen. Ebenso trat er dem Beispiel anderer Gewerkschaftsführer folgend, für die Ratifizierung von SALT II vorbehaltlos ein. Auch sonst ist von nun an eine beweglichere Haltung in der Außenpolitik zu erwarten, besonders nach dem Wiedereintritt der UAW, deren voriger Präsident, Leonard Woodcock, bekanntlich zum Botschafter in Peking ernannt wurde. Unter anderem ist nun auch die Rückkehr des amerikanischen Gewerkschaftsbunds in den IBFG, und Amerikas in die ILO wahrscheinlich geworden. Dennoch wäre es falsch, ein nennenswertes Anwachsen des internationalen Interesses oder Einsatzes, oder umgekehrt des europäischen Einflusses, zu erwarten. Aber zumindest eine Auflockerung der außenpolitischen Linie des Zentralverbands ist anzunehmen.

Innenpolitisch steht die kommende Präsidentenwahl im Vordergrund des Interesses. Im allgemeinen wird die Gewerkschaftsführung zunächst noch vorsichtig zwischen Carter und Kennedy lavieren. Ein paar konservative Führer wie Shanker von den Lehrern und sein Kollege von der NEA haben sich für Carter erklärt, zum Teil aus Dankbarkeit für die Errichtung eines separaten Ministeriums für Erziehung. Andere, voran Winpisinger, traten von Anfang an für die Kennedy-Kandidatur ein. Die Leiter anderer Gewerkschaften (z. B. Fraser-UAW, Chaikin-ILGWU) warten die offizielle Erklärung Kennedys ab, und stellen einstweilen bei formeller Neutralität den lokalen Leitungen die Unterstützung des von ihnen bevorzugten Kandidaten frei; wohl wissend, daß Kennedy die Sympathien ihrer überwältigenden Mehrheit genießt. Jedenfalls steht beim Ausgang des Wettbewerbs zwischen den beiden demokratischen Kandidaten, ganz zu schweigen vom Wahlausgang selbst, für die Gewerkschaften, wie für das ganze Land, und vielleicht die ganze Welt, viel auf dem Spiel.